

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Whf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 218

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (84 mm breit) 6 Goldpfennig, für Verträge, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver

Donnerstag, den 17. September

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Randmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Einladung zur Ministerbesprechung über den Sicherheitspakt ist durch den französischen Botschafter de Margerie an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann überreicht worden.

* Loucheur, der französische Vertreter in Genf, hat beim Völkerbund die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz vorgeschlagen.

* Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Dr. Luther und andere Reichsminister sowie die preussische Staatsregierung treten die Reise ins befreite Gebiet Donnerstag früh an.

* In Preußen soll die Hauszinssteuer um 8 % erhöht werden.

Französisch-polnische Widerstände.

Die Septemberrunde brachte den Wiederbeginn von Verhandlungen über zwei große Wirtschaftsprobleme, das sind die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Deutschland war auf Grund des Friedensvertrages auf fünf Jahre in handelspolitischer Beziehung so gut wie vogelfrei und gewann erst im Januar dieses Jahres seine Handelsfreiheit wieder, so daß überall zum Abschluß von Handelsverträgen geschritten werden mußte. Amerika hatte allerdings diesen Zeitpunkt nicht abgewartet, es hatte ja auch nicht den Friedensvertrag unterzeichnet, sondern mit Deutschland einen Sonderfrieden geschlossen. Mit England kam man verhältnismäßig schnell ins reine und mit anderen Ententestaaten schweben aussichtsreiche Verhandlungen. Nur bei Frankreich und Polen türmten sich unendliche Schwierigkeiten auf, wobei man kann es ruhig sagen, bei unsern Gegenspielern die Kriegspolyphe noch immer einen großen Einfluß hat.

Der Staatssekretär bei der Reichsregierung Trenkelburg ist wieder in Paris eingetroffen, um mit dem französischen Handelsminister eine Aussprache zu haben. Damit dürfte der vor einiger Zeit abgerissene Faden wieder angeknüpft sein. Allerdings darf man nicht allzu große Erwartungen hegen, trotzdem es auf beiden Seiten nicht an gutem Willen fehlt. Diesen muß man auch Frankreich zugestehen. Hat es doch im Gegensatz zu Polen bei Abbruch der Verhandlungen im Sommer selbst darauf gedrungen, daß in der Verhandlungspause von keiner Seite handelskriegsähnliche Maßnahmen erfolgen dürften. Allerdings hat hier ein gewisser Egoismus mitgesprochen, da schließlich Frankreich dabei mehr zu verlieren gehabt hätte als Deutschland. In Paris scheint man zu erwarten, daß jetzt von Deutschland ein großes Entgegenkommen gezeigt wird. Aber ein solches Entgegenkommen ist nicht Deutschlands, sondern Frankreichs Sache, wo man nicht vergessen soll, daß man schon einmal kurz vor einer Einigung stand, die aber nicht erzielt wurde, weil die französischen Unterhändler plötzlich früher gemachte Vorschläge zurückzogen. Es wird deshalb bei den Pariser Verhandlungen harter Arbeit bedürfen, wenn man in absehbarer Zeit zu einem gedeihlichen Ende kommen will.

Ebenso schwierig, wenn nicht gar schwieriger, dürften sich auch die neuen Verhandlungen mit Polen gestalten, das Deutschland gegenüber jederzeit eine besonders unfreundliche Haltung eingenommen hat. Es sei nur daran erinnert, daß es mitten während der Verhandlungen den schärfsten Zollkrieg gegen Deutschland begann, und außerdem eine deutschfeindliche Politik trieb, die kaum geeignet ist, auf unserer Seite die Geneigtheit zu Kompromissen zu erhöhen. Daß dieser Zollkrieg gewissen Teilen des deutschen Handels großen Schaden zugefügt hat, wer wollte das leugnen? Aber Polen braucht nur seine eigene Wirtschaft und den Verfall seiner Währung anzusehen, um zur Erkenntnis zu gelangen, daß der Schaden für das eigene Land unendlich größer ist. Die Hauptschwierigkeit lag zum großen Teil bisher in der von Polen beanspruchten weiteren freien Einfuhr großer Kohlenmengen aus Ost-Oberschlesien nach Deutschland, die Deutschland in diesem Umfang aber nicht mehr zugestehen kann, will es nicht seinen eigenen Kohlenbergbau zugrunde richten. Nach polnischen Blättern soll es nunmehr gelungen sein, für diese Kohlenmengen anderswo Abnehmer zu finden. Sollte sich das bestätigen, dann wäre allerdings ein großer Stein des Anstoßes beseitigt.

Wenn Deutschland mit anderen Staaten ziemlich rasch zum Ziele kam, so lag es daran, daß auf der Gegenseite schließlich die wirtschaftliche Einsicht siegte. Es ist zu hoffen, daß dies einmal auch bei Polen und Frankreich der Fall ist. Viel Schwierigkeiten sind ja durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages entstanden, der einheitliche Wirtschaftsgebiete zerriss, deren Teile nun wieder zueinanderstreben. Frankreich pocht auf seine lothringische Eisenindustrie. Es vergißt aber immer, daß der Schöpfer dieser Industrie Deutschland war. Ebenfalls liegen die Dinge in Ost-Oberschlesien. Man muß hier Deutschland zu, daß es außer den territorialen Opfern auch noch wirtschaftliche auf sich nimmt, nur um diese uns entzogenen Gebiete im Interesse der Gegner lebensfähig zu erhalten.

Deutschland hat durch sein Paktangebot gezeigt, daß es den politischen Frieden will. Sein Verhalten bei den Handelsvertragsverhandlungen beweist, daß es auch den wirtschaftlichen Frieden anstrebt. Es ist bereit, dafür Opfer zu bringen, aber nicht allein. Denn das Wesen von Verhandlungen ist ja eben, daß beide Teile nachgeben. Erst wenn Frankreich und Polen das eingesehen haben werden, dann dürften auch die Verhandlungen mit ihnen zu einem ersprießlichen Ziele führen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Eine zurückgewiesene rumänische Forderung.

Das gemischte deutsch-rumänische Schiedsgericht hatte sich mit der Forderung der rumänischen Regierung aus

Die Einladung überreicht.

Margerie bei Stresemann.

Berlin, 15. September.

Heute mittag 12 Uhr überreichte der französische Botschafter de Margerie dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Memorandum, in dem Deutschland zu einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt eingeladen wird. Der Botschafter sprach bei der Überreichung die Einladung auch mündlich aus. Das Memorandum ist ganz kurz und enthält nur die Einladung. Ein Ort, wo die Ministerkonferenz stattfinden soll, ist nicht angegeben, jedoch wird bemerkt, daß die alliierten Regierungen die Zeit zwischen Ende September und Anfang Oktober als zweckmäßig zur Abhaltung der Konferenz ansehen. Etwas später erschien der englische Geschäftsträger beim Außenminister Stresemann und hatte mit ihm eine kurze Unterredung in gleicher Angelegenheit. Das kurze Memorandum soll am Donnerstag veröffentlicht werden.

Die Antwort auf die Einladung wird erst dann erfolgen, wenn das für den 21. September zusammenberufene Reichskabinett Stellung dazu genommen hat. Ob der Auswärtige Ausschuss des Reichstages sich ebenfalls mit der Frage beschäftigen wird, steht noch nicht fest, jedoch erscheint es wahrscheinlich. Eine Zusammenberufung durch den Vorsitzenden des Ausschusses, den Abg. Herget, ist bisher nicht erfolgt.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Londoner Daily Telegraph“ schreibt, daß gegen eine Teilnahme weiterer Mitglieder des Kabinetts Luther, also des Reichskanzlers Dr. Luther und des Innenministers Schiele, von seiten der Alliierten kein Einwand geltend gemacht werden würde, im Gegenteil würde deren Anwesenheit etwaigen Beschlüssen eine besondere Bedeutung in den Augen des deutschen Volkes geben.

Zwei Besprechungen?

Die Pariser Blätter erklären, daß endgültig beschlossen worden sei, gleichzeitig zwei Konferenzen einzuberufen, die sich mit der Ausarbeitung des Rheinpakt und mit der Abfassung der Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei beschäftigen sollten. Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei sollten von Fall zu Fall zu der Konferenz über den Rheinpakt zuelassen werden. Die

dem Jahre 1921 zu befaßen, sämtliche vor dem Kriege zwischen deutschen und rumänischen Geschäftsleuten geschlossenen, aber noch nicht erfüllten Verträge als gültig zu erklären. Das Schiedsgericht hat jetzt in einem besonderen Falle mit eingehender Begründung dahin entschieden, daß die Forderung der rumänischen Regierung als verspätet zu gelten habe und infolgedessen alle gleichartigen Verträge als nichtig zu erklären seien. Diese Entscheidung ist insofern besonders zu begrüßen, als die Rumänen bisher nur solche Verträge als richtig ansehen wollten, durch die rumänische Staatsangehörige hätten benachteiligt werden können.

Barmat-Kredite und oldenburgischer Finanzminister.

Staatsminister a. D. Stein, der frühere Finanzminister, wird in dem Bericht des sogenannten Barmat-Ausschusses des Oldenburgischen Landtages wegen seines Vorgehens in der Frage der Kreditbewilligung an den Barmat-Konzern sehr scharf angegriffen. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat er beantragt, ein dienstgerichtetes Verfahren gegen ihn einzuleiten, da er sich durch die Ausführungen des genannten Berichts, die nach seiner Ansicht durch das dem Ausschuss vorliegende Material in keiner Weise gerechtfertigt werden, in seiner Berufschwere schwer gekränkt fühlt. Minister Stein bittet das Staatsministerium um eine sachliche Prüfung und Entscheidung.

Tagung des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer.

Der „Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich“, der sich in mehr als 200 Ortsgruppen über das ganze Reich erstreckt, wird in den Tagen vom 18. bis 20. September in Leipzig seinen diesjährigen Vertretertag abhalten. Den wichtigsten Gegenstand der Beratungen wird die Frage der Entschädigung für die vielen Tausende von Vertriebenen und durch Liquidation ihres Eigentums beraubten Elsaß-Lothringer bilden. Der Vertretertag wird sich aber auch mit wichtigen Kulturaufgaben, wie Förderung der von manchen Ortsgruppen gegründeten „Elsässischen Theater“ und des „Wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich“ in Frankfurt a. M. befassen, die für das gesamte Deutschland von Interesse und Bedeutung sind.

Aus In- und Ausland.

München. Wie die Bayerische Staatszeitung meldet, hat auf Grund des Amnestieerlasses der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Verfahren gegen Rudolf Stempfle, Schriftleiter in Miesbach; Alfred Rosenberg, Schriftleiter in München; Friedrich Blümer, Schriftleiter in München; Wilhelm Lippold, Generaldirektor in München, und vierzehn andere Angeklagte eingestellt.

Paris. Painlevé hat in seiner Eigenschaft als Kriegsminister an die Militärbehörden ein Rundschreiben gerichtet, das die Dienstbefreiung der Soldaten, die der ersten Abteilung des Jahrganges 1924 angehören, vorsieht. Danach sollen die der Rheinarmee angehörnden Soldaten vom 31. Oktober ab und die im Innern und im Saargebiet stationierten vom 7. November ab in ihre Heimat entlassen werden.

französische Regierung bestrebt darauf, daß der Rheinpakt und die Schiedsgerichtsverträge gleichzeitig unterzeichnet würden. Man erwarte, daß während der ganzen Woche Verhandlungen zwischen Berlin und Paris geführt werden, da der französischen Regierung daran liege, jeder unangenehmen Überraschung aus dem Wege zu gehen und die Konferenz mit möglichst großer Aussicht auf Erfolg zu eröffnen.

Vorschlag zur Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 15. September.

Der französische Vertreter Loucheur legte in der heutigen Sitzung des Völkerbundes einen Antrag auf Einberufung einer wirtschaftlichen Weltkonferenz vor, die schon seit Tagen in den Kreisen der Delegationen Gegenstand der lebhaftesten Aussprache gewesen ist.

In dem Wortlaut des Antrages Loucheur wird darauf hingewiesen, daß die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz in enger Fühlung mit dem Internationalen Arbeitsamt erfolgen müsse. Die maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaftskommission werden wahrscheinlich mit dem Arbeitsamt in Verbindung treten, um ein Organisationskomitee zu bilden. Es scheint die Auffassung vorzuherrschen, daß jeder Staat aufgefordert werden muß, neben seinem amtlichen Vertreter Vertreter der Industrie und der Agrarproduktion, Vertreter des Handels und Vertreter der Arbeiterschaft zu entsenden. Man scheint sich auch darüber klar zu sein, daß selbstverständlich an der Konferenz auch Deutschland teilnehmen muß, gleichgültig, ob bis dahin die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geregelt würde oder nicht. Es heißt, daß Stopani, der Generalsekretär der Wirtschaftskommission des Völkerbundes, nach Berlin kommen wird, um dort Fühlung zu nehmen.

Nationale Minderheiten.

Mitte Oktober wird in Genf eine Tagung der Vertreter aller organisierten nationalen Minderheitsgruppen abgehalten. Die Aussprache wird sich auf grundsätzliche Fragen über die staatsbürgerliche Stellung der Minderheiten in den einzelnen Ländern beschränken. Auf der Tagung werden etwa dreißig nationale Minderheitsgruppen der verschiedenen europäischen Staaten vertreten sein.

London. Macdonald sagte in einer Rede in Stockport, die konservative Regierung stärke die Kräfte des Kommunismus und der Zwietracht. Sie werde, wenn sie lange genug im Amte bleibe, die wirkliche Gefahr einer Revolution heraufbeschwören.

London. Nach Blättermeldungen aus Kairo haben die Bahabiten Medina ohne Schwertstreich besetzt. Weder den Einwohnern noch den Heiligtümern ist irgendwelcher Schaden zugefügt worden. Ibn Saud, der seinen Erfolg auf funktentelegraphischem Wege bekanntgab, verlangt jetzt die Kapitulation der Stämme in der Umgebung der Stadt.

Warschau. Moskauer Meldungen zufolge trifft der russische Außenminister Tschitscherin am 22. September in Berlin ein, wo er mit Dr. Stresemann eine Aussprache über den Sicherheitspakt haben soll.

Moskau. Zu Ehren der aus Anlaß der russischen Akademiefestern in Moskau eingetroffenen deutschen Gelehrten veranstaltete der deutsche Botschafter Graf Brodorski-Kanau in der Vorkast einen offiziellen Empfang, zu dem außer den deutschen Gelehrten Mitglieder des russischen Außenkommissariats, zahlreiche russische Gelehrte, Mitglieder der Deutschen Handelsdelegation, das Personal der deutschen Botschaft sowie Vertreter der deutschen und ausländischen Presse geladen waren.

Regierungsreise ins befreite Gebiet.

Berlin, 15. September.

Die Reise des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers und anderer Reichsminister, sowie der preussischen Staatsregierung ins befreite Ruhrgebiet beginnt Donnerstag mit der Abfahrt von Berlin früh 8 Uhr. Die erste Begrüßung durch den Oberpräsidenten von Westfalen erfolgt in Hamm. Nachmittags wird man in Bochum sein. Dort findet eine öffentliche Kundgebung statt, bei der der Oberpräsident von Westfalen, der Oberbürgermeister von Bochum, Reichskanzler Dr. Luther, Ministerpräsident Braun, Reichspräsident von Hindenburg Ansprachen halten werden. Abends ist die Ankunft in Essen vorgesehen. Bei einer Veranstaltung dort werden Oberbürgermeister Dr. Bracht und Reichskanzler Dr. Luther sprechen. Am Freitag, den 18. September, ist eine öffentliche Kundgebung geplant, bei der der Oberpräsident der Rheinprovinz, der preussische Minister Severing und Reichspräsident von Hindenburg das Wort nehmen. Nachmittags erfolgt im Auto die Abfahrt nach Düsseldorf, abends um 7 Uhr ist die Abfahrt nach Düsseldorf bestimmt. Am Sonnabend wird dem Reichspräsidenten der Ehrenbürgerbrief der Stadt Düsseldorf überreicht werden. Am gleichen Tage erfolgt die Rückreise nach Berlin.

Beschlüsse der Wirtschaftspartei.

Böln, 15. September.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes billigte einstimmig in seinen Ent-

Schließungen die Faltung der Reichstags- und Landtagsfraktion und erkannte die von Professor Bredt vorgebrachten Grundfälle als für die Partei günstige Richtlinien an. Er fordert von den Regierungen und den Behörden die allergrößte Sparsamkeit, den Abbau der produktionsverfeuernden Steuern, Verwaltungs- und Gehalts- und die Herabsetzung der Zinsen für die von dem Reich oder den Ländern an den Mittelstand gegebenen Kredite. Er appelliert an die Angehörigen des Mittelstandes, zu hohe Preisforderungen zu vermeiden und strengste Kalkulation zu üben. Die sachungsgemäß auscheidenden Vorstandsmitglieder wurden durch Zuzug wiedergewählt; als Ort des nächsten Parteitag wurde Götting bestimmt.

Deutschlands Reparationsleistungen.

Ein Bericht des Generalagenten.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen legt jetzt die Schlußabrechnung über die Eingänge und Zahlungen des ersten Jahres der Wirksamkeit des Dawes-Planes vor. Deutschland hat danach 457 572 Mark mehr gezahlt, als es zu zahlen verpflichtet war, nämlich 1 000 457 Mark. Der überschüssige Summe aus Zinsrücklagen und Kursdifferenzen. Von dieser Summe sind an die zehn Staaten, die an den Reparationszahlungen teilnehmen, und zwar an Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Griechenland und Polen etwa 680 Millionen Mark ausbezahlt worden.

Nicht weniger als 213 Millionen Mark haben die Besatzungskosten und die verschiedenen Kommissionen verschlungen. Da von der Milliarde, die wir im ersten Jahre zu zahlen hatten, nur 893 Millionen verausgabt worden sind, betragen die Verwaltungskosten, die die Reparationszahlung verursacht, mehr als 25%, nämlich 186 417 000 Mark Besatzungskosten und 26 500 000 Mark Kommissionskosten. Von den an die Mächte geleisteten Zahlungen sind 420 Millionen in Sachlieferungen und 180 Millionen durch die Ausfuhrbelastung bestritten worden. Bemerkenswert ist es, daß die Besatzungskosten denen des Juli gegenüber um etwa 7 Millionen abgenommen haben. Sie betrugen im Juli 20,2 im August 13,6 Millionen, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß die aus dem Ruhrgebiet zurückgezogenen Truppen nicht, wie befürchtet wurde, zur Verstärkung der linksrheinischen Garnisonen verwendet worden sind.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Angriffe auf die Parteileitung.

Heidelberg, 15. September.

Zur Aussprache über den Konflikt in Sachsen wurde einem Vertreter der Reichssozialisten und einem der Linkssozialisten das Wort erteilt, die von ihrem politischen Standpunkt aus die Streitfrage behandelten. Im übrigen wurde der ganze Sachverhalt einem Ausschuss zur näheren Bearbeitung überwiesen.

Die Beratung des Berichtes des Parteivorstandes wurde von mehreren Oppositionsrednern aus Sachsen und Frankfurt eingeleitet, die die politische Taktik der Parteileitung scharf mißbilligten, vor jeder Koalitionspolitik warnten und vor allem scharf gegen das Zentrum vorgingen. Als Verteidiger der sozialdemokratischen Parteipolitik trat Scheidemann auf, der, nachdem er heftig die deutsche Reichsregierung angegriffen hatte, darauf hinwies, daß die Stellung der Partei heute eine ganz andere sei als vor 40 Jahren. Demersprechend könne auch die Politik nicht mehr nach der alten Schablone geführt werden. Es sei überhaupt ein Fehler, auf dem Parteitag die Parteipolitik von vornherein festzulegen. Abgeordneter Heilmann trat sodann für die von der Partei bei der zweiten Reichspräsidentenwahl befolgte Politik ein, die, wie er erklärte, es der Regierung Braun in Preußen ermöglicht hat, mit dem Zentrum zusammenzuarbeiten.

Erhöhung der Hauszinssteuer in Preußen.

Um 8 % ab 1. November.

Berlin, 15. September.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages teilte der preussische Finanzminister Söpler-Aschoff mit, daß infolge von Mehrausgaben bei einzelnen Titeln, insbesondere bei den Beamtengehältern, ein Fehlbetrag von 221 Millionen Mark im Etat bestehe. Dieser Fehlbetrag könne nur durch Erhöhung der Hauszinssteuer gedeckt werden. Augenblicklich betrage die Friedensmiete 82 %, davon erhalte der Hausbesitzer 43,6 % für allgemeine Zwecke, 10,4 % für die Verzinsung und 28 % für Hauszinssteuer.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

41 Nachdruck verboten

Dann preßten sie sich wieder in heißer Umarmung und küßten sich in verwirrendem Taumel, abgerissene Liebesworte einander zuflüsternd.

Draußen fiel der Regen unaufhaltsam nieder, und ein leiser Wind raschelte durch das Rosengitter.

Auf einmal knirscht das Torschloß, es wurde aufgestoßen. Feste Männertritte näherten sich, und ein lauter Befehl wurde erteilt.

„Wollt Ihr die Gesellschaft noch nach Rattenhausen bringen, oder wollt Ihr sie bei mir in der Scheune überlassen?“

„Wenn der Herr Oberförster uns vielleicht einen Wagen geben will,“ klang eine andere Stimme.

„Ja natürlich. Kommen Sie, Kaiser, und wer von Euch versteht mit Pferden umzugehen?“

Die beiden Liebenden waren auseinandergefahren und an das rosenvergente Fenster getreten. Sie konnten jetzt in dem von einigen Laternen erleuchteten Hof eine ganze Menge von Gestalten unterscheiden. Der Oberförster, Kaiser, ein paar Gendarmen und weiter hinten am Tor ein schwarzer Knäuel von Menschen.

„Geh' hinaus, mein Liebling.“

„Nein, nein, laß mich hier. Denkst du, ich fürchte mich?“

„Das denke ich nicht, aber geh'. Wir haben uns hinreißen lassen von einem jahrelang getragenen Unglück. Es kann ja doch nie zu etwas Gutem führen, und ich muß nur leiden. Geh', geh' hinaus um meinetwillen.“

Er nickte ihr zu, und als er sich schon abgewandt hatte, kehrte er noch einmal zurück schloß sie noch einmal in die Arme und küßte sie.

„Zum letzten Male,“ hauchte Mollly. „Zum letzten Male,“ und wieder fanden sich ihre Lippen in einem schmerzlichen Abschied zusammen.

Dann trat Max hinaus, nahm Hut und Stock, griff nach der Lampe auf dem Tisch und stieg ins Obergeschloß hinauf.

Als er hinter der ersten Treppenwindung verschwunden war, huschte die Eidechse aus einer Furecke hervor, um die Haustür zu öffnen.

Die Miete müsse am 1. April 100 % betragen. Am 1. Januar 1926 müsse man dem Hausbesitzer weitere 2 % für Verzinsung gewähren. Es sei beabsichtigt, am 1. November die Hauszinssteuer um 8 % zu erhöhen und davon 4 % für den Staat und 4 % für die Gemeinden zu bestimmen. Der Staat erhalte dann noch 40 Millionen Mark. Der verbleibende Fehlbetrag von 181 Millionen Mark müsse aus den Überschüssen des Jahres 1924 gedeckt werden. Sparsamkeit könne nur geübt werden durch Einschränkung der Personalausgaben. Zum Ausgleich des Etats sollte nach Mitteilung des Finanzministers gegebenenfalls auch eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer vorgenommen werden.

Allgemeiner Deutscher Bankiertag.

Verbilligung der Zinsfäße gefordert.

Berlin, 15. September.

Nach fünfjähriger Pause wurde in Berlin der sechste Allgemeine Deutsche Bankiertag eröffnet und durch einen Begrüßungsabend, zu dem sich weit über tausend Gäste und die Spitzen der Behörden eingefunden hatten, eröffnet. Erschienen waren u. a. Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Innenminister Schiele, Reichsfinanzminister Dr. von Sclögl, Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus und Reichspostminister Stöcker. Ferner hatten das Reichsarbeitsministerium, das preussische Justizministerium, das Reichsverkehrsministerium und die Stadt Berlin Vertreter entsandt. Im Namen der Reichsregierung eröffnete Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus

das Wort. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Krieges- und Nachkriegszeit erklärte der Minister, daß der Zinsfuß jetzt mobiles Betriebskapital fehle. Industrie und Landwirtschaft seien jetzt wieder auf die Hilfe der Banken angewiesen. Infolge des Kapitalmangels arbeite aber die deutsche Wirtschaft mit Zinsfäßen, die weit über die im Ausland üblichen hinausgehen. Die Reichsregierung sei daher bei ihrer Verbilligungsaktion auch an die Banken herangetreten, um die Kosten der Geldbeschaffung zu senken. Durch die neue Gesetzgebung, durch die Steuerermäßigungen, durch die Änderungen der Dividen- und Kapitalflussgesetze und der Ein- und Ausfuhrgegesetzgebung sei die Möglichkeit zur Zinsverbilligung geschaffen. Durch die Änderungen der Bestimmungen über die Anlage öffentlicher Gelder sei die Reichsregierung den Banken entgegengekommen. Die Regierung erwarte, daß die Banken die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen möglichst erniedrigen und die Provisionsfäße herabsetzen.

In der ersten Hauptdiskussion hielt Oskar Wassermann, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Berlin, das erste Referat über das Thema „Notwendige Vorbedingungen für die Erfüllung der heutigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben des privaten Bankgewerbes.“

Über dasselbe Thema sprach als zweiter Berichterstatter Karl L. Pfeiffer, in Firma L. Pfeiffer, Cassel. Über das Thema „Die deutsche Währung vor und nach der Stabilisierung“ referierte zunächst Franz Uebig, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Berlin, sein Korreferent war Dr. L. Albert Gahn, Frankfurt a. M.

Eine angenommene Resolution fordert endgültige Abkehr von einer Steuerpolitik, die dem Fiskus überflüssige Einnahmen zuführt, ferner Herstellung des Bankgeheimnisses.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 17. September 1925

□ Schöner Altwiebersommer in Sicht! Das bereits seit einiger Zeit im Anzug begriffene Hochdruckgebiet hat sich nun über Mitteldeutschland ausgebreitet, so daß das regnerische und kalte Wetter vorüber sein dürfte und ein schöner Altwiebersommer zu erwarten sein soll, der von einiger Dauer sein wird. Die kommenden Tage werden wärmer und sonniger als bisher sein, die Nächte dagegen werden ziemlich rau und kühl bleiben.

□ Kriegergräberfürsorge. In letzter Zeit haben sich verschiedentlich Firmen angeboten, deutsche Kriegergräber in Frankreich insstand zu setzen und zu unterhalten sowie auch Auskünfte über die Lage von Grabstätten zu erteilen. Insbesondere ist dies von Vertretern einer angeblichen Firma Jean Wildhaber & Fils, Saint-Quentin, geschehen. Es war dabei aber nur auf Anzahlungen abgesehen. Um die Hinterbliebenen vor unnützen Geldausgaben zu bewahren, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die französische Regierung gemäß einer im Vertrag von Versailles übernommenen Verpflichtung für die in ihrem Gebiet befindlichen deutschen Kriegergräber sorgt. Kürzlich erst hat der Direktor des Zentralnachrichtendienstes für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin-Spandau, durch persönliche Besichtigung einer großen Anzahl Gräber festgestellt, daß der Zustand der Gräber, soweit diese überhaupt bisher insstand gesetzt werden konnten, befriedigend ist. Für

die Einholung von Auskünften über die Lage von Gräbern sind Firmen und sonstige private Stellen nicht zu empfehlen, da diese sich doch an die amtlichen französischen Stellen oder die zuständige deutsche Reichsbehörde wenden müssen. Erstere dürfen Privatpersonen unmittelbar keine Auskunft geben.

□ Salver, 16. Sept. Am Freitag, den 18. September findet hier selbst ab 1 Uhr nachm. bei Jasbender eine Mütterberatungsfestung statt.

□ Salver, 16. Sept. Gestern besuchte Realgymnasialdirektor Professor Dr. Schmidt von Lüdenscheid die hiesige Rektoratsschule, die bekanntlich der Lüdenscheider Anstalt angegliedert ist und unterzog wie alljährlich die fünf Klassen derselben einer Revision.

□ Schalksmühle, 16. Sept. Am Samstag wäre hier an der belebtesten Stelle unseres Ortes beinahe ein Autounfall passiert. Neben dem Cafe Schulz stand an der Mauer der Wertmann'schen Besetzung eine leere Karre. Ein vorbeikommendes Personenauto stieß mit dieser Karre zusammen, wobei beide Bäume gebrochen wurden. Das Auto blieb, soviel man feststellen konnte, unbeschädigt. Entsprechende Feststellungen wurden über den Fall sofort an Ort und Stelle gemacht.

□ Schalksmühle, 16. Sept. Die hiesige Friedhofstraße ist z. Zt. an ihrem der Turnhalle gegenüberliegenden Teile aufgerissen, weil man dort mit Kanalisationsarbeiten beschäftigt ist.

□ Schalksmühle, 16. Sept. Die hiesige Hohenzollernschule hat einen Kinoapparat nach dem Muster anderer Schulen angeschafft und diesen vor einigen Tagen der Gemeindevertretung vorgeführt, um seine Nützlichkeit und Brauchbarkeit zu veranschaulichen. Leider fehlt zur Deckung des Rechnungsbetrages noch ein größerer Betrag, den die Lehrerschaft nunmehr dadurch aufzubringen gedenkt, daß sie im Zeichenaal der Hohenzollernschule sogenannte Elternabende veranstaltet, an denen auch den Eltern und Freunden der Schule der Apparat in Tätigkeit gezeigt werden soll. Kinder der Schule gehen mit Listen unter der Bürgerfahne umher, um die Karten zu diesen Abenden im Vorverkauf anzubieten. Hoffentlich findet diese im Interesse einer gelunden Kindererziehung beachtenswerte Sache in den Kreisen der Bevölkerung wärmste Unterstützung.

□ Brügge, 15. Sept. Grundsteinlegung der katholischen Kirche. Sonntag beging die katholische Gemeinde einen großen Festtag. Sie konnten die seit langer Zeit ersehnte Grundsteinlegung ihres eigenen Gotteshauses feiern. Fast die ganze Gemeinde sowie auch viele auswärtige wohnten der Feier bei.

□ Jagen, 15. Sept. Großfeuer in Delftern. Heute abend gegen 9,30 Uhr entstand in der Gasglühfabrik Killing in Delftern zum zweiten Male Großfeuer. In einem großen Lagerschuppen, in dem Risten, Holzwohle und eine Anzahl gefüllter Aetherfässer lagerten, ist das Feuer ausgebrochen. Drei Aetherfässer explodierten und setzten die ganze Halle in Brand. Als die Berufsfeuerwehr ankam, war der Schuppen schon bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Wehr mußte sich darauf beschränken, die Nebengebäude zu schützen. Nach Absuchen des Fabrikgebäudes nahm die Polizei einen Mann fest, dessen Verhalten Verdacht erregt hatte. Die Untersuchung wird ergeben ob Brandstiftung vorliegt.

□ Altena, 14. Sept. In der letzten Nacht wurde bei dem den Touristen gut bekannten Gastwirt und Kolonialwarenhändler Heinrich Winkhaus in Wiblingwerde eingebrochen und für etwa 150 Mark Waren und etwas Wechselgeld geraubt. Dann statteten die Diebe dem Gastwirt Fritz Mintenbeck, der die Postagentur und eine Spar- und Darlehnsbank führt, einen Besuch ab. Als es ihnen nicht gelang, die Geldschänke zu öffnen, ging ein Kerl in des Schlafzimmers des Mintenbeck, wo der zufällig zum Besuch anwesende Bruder schlief. Durch ein Geräusch wachte dieser auf und sieht nun den Räuber mit einem Revolver und einer Taschenlampe vor sich stehen. Unerwartet griff er sofort nach der Waffe, erhielt aber im gleichen Augenblick einen Schuß durch den Unterarm. Auf seine Hilferufe rief der Attentäter sich los, schoß aber noch einmal, allerdings ohne zu treffen.

mur das Schicksal die Gräfin in den Weg geführt, statt der kühlen Waldnixe, so wäre mein Leben nicht verloren gewesen. Traurig, traurig für mich, sagte er sich, während sein leichter Selbstfahrer auf der Chaussee nach Wintersbach hinglitt.

Nichts habe ich gesucht in meinem Leben, als eine liebevolle Gattin. Aber warum ist sie so? Sie muß doch einen Grund haben? Jahrelang hat sie mich mit ihren kühlen formellen Zärtlichkeiten abgepeist, all meine Leidenschaft konnte sie nicht entzünden. Sie mußte... ja, das war es... eine andere unüberwindliche Neigung im Herzen tragen.

Müller? Wie ein Blitz zog ihm der Verdacht durch den Kopf. Müller, kein anderer konnte es sein. Er war mit ihr aufgewachsen. Der Abstand zwischen dem Förster und dem noch zu heftigen Zeiten aus dem Subalterndienst hervorgegangenen Forstmeister war nicht so groß gewesen, und die Einsamkeit mochte die Verbindung noch intimer gemacht haben. War es ja zwischen ihm und Kaiser heute kaum viel anders. Mit wem hätten seine Buben spielen sollen, als mit Kaisers Buben, und wer weiß, was sich zwischen dem kleinen Töchterchen des Försters und seinem Sohn entwickelte.

Ein hübscher Kerl war der Müller immer gewesen, ein Schwärmer, ein Poet. Und nun erinnerte er sich auch, wie selbstam die Augen seiner Gattin manchmal leuchteten, wenn sie auf dem Gesicht des jungen Oberlehrers ruhten. War denn das nicht der Ausweg? Er drückte die Augen fest zu und ließ nachlässig den Zügel auf den Rücken des Pferdes fallen. Aber ein gefährliches Spiel und vielleicht ein nutzloses Spiel. Dieser dumme Müller mit seiner angeborenen Ehrpuffelikeit, wo sollte der die Kühnheit hernehmen, nach einer verbotenen Frucht zu greifen, und wenn sie noch so süß war. Ach was, Gelegenheit macht Diebe, man mußte ihm nur Gelegenheit schaffen.

Er zog die Zügel fester an, traf mit leichtem Schlag der Peitsche seinen Traber, daß er plötzlich in eine lange Rennpace fiel. Aber immer noch nicht schnell genug für die Ungeduld der wilden marternden Sehnsucht.

Als er in Wintersbach ankam, sah die Gräfin mit dem Marquis beim Lunch.

„Sie sind so festam nervös, seitdem der Oberförster hier war, liebe Freundin.“

„Tragen Sie nicht indiscret, Paolo.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Polnischer Fanatismus.

Stawon (Grenzmarkt), 15. September. Die Grenzmarkt (Stawon) und Schlochau (Kreiszeitung) berichten, daß der im nahen Stawonowo wohnende Besitzer Bisczel, der polnischer Optant ist und am 1. November Deutschland verlassen muß, fünf Pflaumenbäume, die in seinem Garten standen, samt den daranhängenden Früchten abgibt, um sie nicht seinem deutschen Nachfolger übergeben zu müssen.

Drei Kinder in einem brennenden Hause umgekommen.

Wien, 15. September. Gestern früh brannte in Mathevalde in der schweizerischen Schweiz ein Haus nieder. Von der das Haus bewohnenden Familie Schöne hatten der Ehemann und die Frau das Haus zu Besorgungen verlassen. Bei ihrer Rückkehr verlor die Frau von den vier Kindern nur noch den Säugling zu retten. Die drei anderen Kinder im Alter von 1½, 3 und 5 Jahren sind in den Flammen umgekommen. Wahrscheinlich haben die Kinder mit Zündhölzern gespielt.

Schweres Motorradunfall.

München, 15. September. Nach Vätermelbungen wurde bei Regensburg die Frau des Taubstummenoberlehrers Fries mit ihrem Mann auf ihrem Motorrad einem entgegenkommenden Kraftwagen ausweichen wollte, vom Motorrad geschleudert und von einer gebrochenen Feder des Kraftwagens förmlich aufgespießt. Außerdem trug sie einen Rückenbruch davon und erlag in wenigen Minuten ihren Verletzungen. Fries selbst erlitt einen Unterschenkelbruch.

Eröffnung der Niederländischen Generalstaaten.

Haag, 15. September. Im Parlamentsgebäude fand heute um 1½ Uhr nachmittags in Anwesenheit des gesamten Ministeriums die Eröffnung der diesjährigen Sitzung der Niederländischen Generalstaaten durch die Königin statt. Um 1 Uhr begab sich die Königin in Begleitung des Prinzenpaars in der historischen Goldenen Staatskutsche in einem feierlichen, von Kavallerieabteilungen flankierten Zug vom Palais nach dem „Binnenhof“, in dessen Rittersaal alljährlich die Sitzungen der Generalstaaten abgehalten werden. Durch sämtliche Straßen, durch die der Zug kommen mußte, bildeten die Truppen der Garnison Spalier, während eine zahlreiche Menge dem Schauspiel beizuwohnen. In der Thronrede wurden die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als so freundschaftlich wie möglich bezeichnet und bei anhaltender Verringerung der Staatsfinanzen Herabsetzung der öffentlichen Lasten in Aussicht gestellt.

Englisch-türkischer Grenzstreit.

London, 15. September. Neuer meldet aus Genf: Die britische Regierung hat Nachrichten erhalten, wonach die Türken die christlichen Dörfer in dem umstrittenen Wosilgebiet umzingeln und die Einwohner in nördlicher Richtung vertreiben. Einigen der Vertriebenen gelang es, über die Grenzlinie zu entkommen. Der britische Konsulatssekretär Kery hat diese Angelegenheit dem Völkerbundrat unterbreitet.

Neuer tschechischer Konflikt mit dem Vatikan.

Budapest, 15. September. Die tschechoslowakischen Behörden haben den Ungarischen griechisch-katholischen Erzbischof Anton von Bapp am Sonntagabend vom Gebiete der Republik entfernt und auf ungarisches Gebiet abgeschoben. Der Bester Lloyd bemerkt hierzu, die Landesausweisung des Erzbischofs stelle einen so unerhörten und auf seine Weise zu rechtfertigenden Gewaltakt gegen das Ansehen der katholischen Kirche dar, daß mit einer weiteren Verschärfung des ohnehin stark getrübbten Verhältnisses zwischen dem Vatikan und der tschechoslowakischen Regierung zu rechnen sei. Erzbischof von Bapp wohnte, wie das Ungar. Korrespondenz meldet, seit 30 Jahren in Ungarn, wo er von der Gemeindevertretung schon zur Zeit der tschechoslowakischen Herrschaft als heimatsberechtigter anerkannt wurde.

Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

Kierspe-Bhf., 14. Sept. 1925.

In mehreren Zeitungen sind in letzter Zeit anonyme Artikel erschienen, die sich mit der Denkmalsangelegen-

heit in Kierspe-Bhf. beschäftigen. Die Gründe, die da erörtert worden sind, scheinen aber weit zurückzutreten gegenüber den Gründen, die augenblicklich einen großen Teil der Bevölkerung von Kierspe-Bhf. in Aufregung versetzt hat. Inwieweit nun die wilden Gerüchte auf Tatsachen beruhen, kann nicht ohne weiteres festgestellt werden. Im Interesse des Friedens und der Wahrheit halte ich es deshalb für das Richtige, hier in voller Öffentlichkeit an die Vertretungen, die sich mit der Denkmalsfrage befassen, folgende Anfragen zu richten. Ist es Wahrheit, daß beschlossenen worden ist, daß zur Feier der Denkmals-Einweihung alle Vereine eingeladen werden sollen, mit Ausnahme der Arbeitervereine und des Reichsbannerschwarz-Rot-Gold? Hat die Kirchenvertretung dem Landwehrverein den Denkmalsplatz zu einseitigen Zwecken zur Verfügung gestellt, sodaß es nicht gestattet ist, daß republikanische Vereine am Tage der Einweihung den Platz betreten?

Carl Döfler.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Wenn ein 14jähriger mit seiner Braut ins Kino geht. Angeklagt ist der Besitzer eines Berliner Lichtspieltheaters. Er soll gebildet haben, daß ein Jugendlicher eine Abendvorstellung in seinem Theater besucht hat. Besagter Jugendlicher, 14 Jahre alt, tritt als Zeuge auf, und es entspinnt sich folgender Dialog. Vorsitzender: Sie haben also an der Kasse eine Eintrittskarte gekauft? — Zeuge: Nein, ich nicht — meine Braut. Die sieht älter aus. — Vorsitzender: Sol Aber Sie wurden wenigstens eingelassen. Was wurde denn gespielt? — Zeuge: „Das Geheimnis der Liebe.“ — Vorsitzender: Warum wollten Sie gerade diesen Film sehen? — Zeuge: Ich interessierte mich! Der Richter weiß genug, läßt den Jugendlichen, der noch nicht verurteilt werden kann, abtreten, und verkündet nach einigen Minuten das Urteil: 100 Mark Geldstrafe für den Theaterbesitzer.

§ Die Strafanträge im Hochverratsprozeß. Im Hochverratsprozeß gegen Maslow und Genossen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig beantragte der Vertreter der Anklage, Landgerichtsrat Fiegele, gegen die Angeklagten Gryllowicz und Schumacher auf Grund des Amnestiegesetzes Einstellung des Verfahrens, gegen Schlecht drei Jahre Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, gegen den Hauptangeklagten Maslow vier Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft, 500 Mark Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Die Reichsarbeiter stimmen dem Schiedsspruch zu.) Die am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften und Organisationen haben sehr eingehend zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch Stellung genommen. Obwohl mancherlei Bedenken gegen die neuen Lohnsätze geltend gemacht wurden, kam man doch zu der Ansicht, daß im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage und der Staatsfinanzen die jetzt geltenden Löhne anerkannt werden müßten. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, dem Schiedsspruch zuzustimmen.

§ Böhmen. (Keine Lohnerhöhung im Ruhrbergbau.) Bei Gelegenheit der letzten Anwesenheit der Vertreter der Bergarbeiterverbände in Berlin hat der Reichsarbeitsminister erklärt, daß es nicht in der Absicht des Reichsarbeitsministeriums liege, den letzten im Ruhrbergbau ergangenen Lohnschiedsspruch für verbindlich zu erklären. Aber auch dem Verlangen der Bergarbeiterverbände nach einem sofort einzuleitenden neuen Schiedsverfahren könne vorerst nicht entsprochen werden.

Moskau. (Russischer Metallarbeiterkongress.) Das Zentralkomitee der Berufsverbände der Metallarbeiter hat am 25. Vertreter der ausländischen Berufsverbände eine Einladung zum allrussischen Kongress der Metallarbeiter

gesandt, der am 28. Oktober seinen Anfang nimmt. Einladungen erhielten u. a. die Berner Internationale der Metallarbeiter, die französische revolutionäre Föderation der Metallarbeiter, der deutsche Metallarbeiterverband und die japanische Föderation.

Börse und Handel.

Amstische Berliner Notierungen vom 15. September.

* Börsenbericht. Nach recht ruhigem und unsicherem Beginn setzte sich im weiteren Verlauf eine leichte Beseitigung durch, die vom Montanmarkt ihren Ausgang nahm. Am Markt der inländischen Anleihen war bei stillem Geschäft eher eine leichte Abschwächung festzustellen. Der Geldmarkt ist unverändert, tägliches Geld 8 %, monatliches Geld 10—11,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,33—20,38; holl. Gulden 168,68—169,10; Dan. 80,68 bis 80,88; franz. Franc 19,82—19,86; belg. 18,44—18,48; Schweiz. 80,96—81,16; Italien 17,30—17,34; schwed. Krone 112,56—112,84; dän. 102,62—102,88; norweg. 88,54 bis 88,76; tschech. 12,43—12,47; österr. Schilling 59,00 bis 59,23.

* Getreide- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) je 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepreßtes Roggenstroh 0,80 bis 1,15, do. Strohstroh 0,65—0,95, do. Weizenstroh 0,70—1,00, Roggenlangstroh 1,15—1,55, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,90—1,20, drahtgepreßtes Gerstenstroh 0,65—0,95, Stroh 1,30—1,50, handelsübliches Heu 2,90—3,40, gutes Heu 3,50—4,10, Mischheu, lose 2,20—2,70, Kleeheu, lose 4,25—4,90.

* Berliner Aktion gegen die Fleischsteuer. Unter der Vorsitz des Polizeipräsidenten Grzesinski fand im Berliner Polizeipräsidentium eine Besprechung mit der Mittleren Preisprüfungsstelle und den in Frage kommenden Exekutivbeamten über Maßregeln zur Überwachung der Preisgestaltung auf dem Fleischmarkt statt. Es wurde dabei mit allem Nachdruck betont, daß das vorhandene Material die Festsetzung der Bruttopreise auf 15 v. H. als vollkommen begründet erscheinen läßt und daß daher die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Einhaltung dieser Spanne sorgen wird.

* Produktbörse. Der Getreidemarkt lag wieder schwach. Das Angebot in Roggen hat sich gemehrt. Inlandsware ist mehr zu haben, und Rußland verkauft nach dem Norden zu Preisen, die bei uns auch auf die Forderungen derjenigen drücken, die nach dem Auslande Abschlüsse machen wollen. Mühlen sind im Lande sehr vorsichtig und sie wie der Handel nehmen meist Material auf, um dagegen Oktoberlieferung abzugeben. Weizen lag auch matt. Die amerikanischen Forderungen für Kleberweizen gingen weiter zurück, Rußland ist ebenfalls billiger und Polen bleibt für Weizen wie für Roggen Abgeber. Die Lieferungspreise ließen wieder nach. Gerste blieb still; die Frage hält sehr zurück. Hafer ist beim Konsum nur zu Preisen loszuwerden, die gegen den Einkauf keinen Nutzen lassen. Die Provinzforderungen bleiben weiter fest. Mehl andauernd still und schwach, ebenso Futterartikel. Getreide und Olsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	15. 9.	14. 9.		15. 9.	14. 9.
Weiz., märk.	211-216	213-218	Weiz., f. Br.	11,8	11,8-12
pommerscher	162-166	164-168	Roggl. f. Br.	10,8	10,8-11
Roggl., märk.	—	—	Raps	355	355
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuss.	—	—	Wittor. Erb.	26-31	26-31
Braugerste	206-236	208-241	fl. Speiserbs	—	—
Futtergerste	174-179	176-181	Futtererbsen	21-24	21-24
Hafer, märk.	174-182	175-183	Beluschen	—	—
pommerscher	—	—	Aderbohnen	—	—
westpreuss.	—	—	Biden	25-28	25-28
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,7-14	12,7-14
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	—	—
fln. br. infl.	—	—	Seraballa	—	—
Saat (feinst.)	—	—	Rapsstuden	16-18,2	16,2-16,4
Mrl. a. Rot.	30-33,2	30,2-33,5	Leintuden	22,6-22,8	22,6-22,9
Roggenmehl	—	—	Frodenstschl.	11	12
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	21-21,2	21
Berlin br.	—	—	Forml. 30/70	8,8-9	8,8-9

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Wilhelm Dornbach
Hanna Dornbach

geb. Meyer

Vermählte.

Dornbach u. Minden im Sept. 1925.

z. Zt. in Dornbach, Post Schwenke
bei Halver i. W.

Autofahrten!

Elegantes Automobil,

offen und geschlossen

für Vergnügungs-, Geschäfts-

sowie Hochzeitsfahrten. ::

Niedrigste Fahrpreisberechnung.

Prompte Bedienung zu jeder Zeit.

Julius Vollmer, Kierspe-Bhf.

Fernsprecher 172 Amt Meinerzhagen.

Pfadfinder-Räder

Versand nur gegen Nachnahme.

Herrenräder M. 65.— 68.— 72.— 85.—

Damenräder M. 72.— 76.— 80.— 96.—

mit Freilaufzahnkranz M. 3,50 Aufschlag.

mit Freilauf u. Rücktrittbremse M. 14.— Aufschl.

Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und

leiste für jedes Rad eine schriftl. 2jährige Garantie gegen

Rahmen- und Gabelbruch.

Fahrrad-Mäntel M. 2.95 3.65 3.95 4.80

Fahrrad-Schläuche M. —.95 1.35 1.65

Verlangen Sie sofort kostenlos ausführlichen Katalog

über Nähmaschinen

Musik- u. Spielwaren

Emil Levy, Hildesheim.

Einmachtopfe

von 4—70 Ltr. Inhalt

empfehlen

Wilh. Bell jr., Halver.

1890 Der 1925
M.-G.-V. „Liederkrantz“
Anschlag

Dirigent Bruno Lockemann, Hahnenberg Rhld.
feiert am Sonntag, d. 20. Sept.
im Lokale des Herrn Paul Bürger,
Bommert sein

35-jährig. Bestehen

durch Konzert u. Ball.

Ausführende:

M.-G.-V. „Germania“ Hohenplanken

M.-G.-V. „Hahnenberg“

Ehemalige Sänger d. M.-G.-V. Lieder-

krantz unter Leitung des Ehrenmit-

gliedes G. Feckinghaus.

M.-G.-V. „Liederkrantz“

Beginn des Konzerts 4 Uhr nachm.

Abends 8 Uhr Ball.

Musik Halversches Streichorchester.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet

ein der Vorstand.

Arterien- verkalkung

schnellste Beseitigung durch unsere
Bulgarische Zwiebelkur, einzigartig
im Erfolg, geruch- und geschmacklos.
Jeder Leidende muß sich kostenlos über
diese natürlichste und billigste Kur
unterrichtet. (Monatskur nur Mk. 3.50)

Sanitas-Depot, Charlottenburg 5

Abteilung: A 191

Motorräder

Zündapp, — Ardie,

B. M. W.

verkauft bei sehr günstigen

— Zahlungsbedingungen —

Alb. Linnepe, Halver.

Telefon 192.

Dein bester Freund, ohne Lug'
und Trug, das ist und bleibt ein

gutes Buch!

An empfehlenswerten Büchern
sind u. a. vorrätig.

Sudermann Frau Gorge
Dreyer Das Gymnasium v. St. Jürgen
Heyd Der Zeitgenosse
Lint Lady Christina u. mein Prinzipal
Ditt Die Hefe von Garmisch
Spielhagen Hammer und Amboss
Boy-Ed Eine Frau wie Du
Ganghofer Die Sünden der Väter
v. Dornau Schloß Hubertus Band 1 u. 2
Kilmanns mit'm Strich
Humoristischer Roman
Bloem Gottesferne Band 1 u. 2
Herzog Wieland der Schmied
Die vom Niederrhein
Kameraden
Roje Enzeum
Mutterhof
Der graue Mittag
Die Ecks v. Ecken
Weißer Rosen
Finnensrausch
Die vom rauhen Grund
Das stille Leuchten
Dämonen der Tiefe.

Klassiker

wie Goethe, Schiller, Keller u. f. w.

Jugendschriften

für jedes Alter in großer Auswahl.

Nicht vorrätige oder anderweitig ange-
zeigte Bücher besorge in kürzester Zeit
zu gleichen Preisen.

Wilh. Bell jr., Halver,

Buchhandlung, — Telefon Nr. 42

Inferieren bringt Gewinn!

Rauch- u. Kan-
Tabak

Fr. Herm. Bohmer,

Schalksmühle.

Wiedervert. z. Fabrikpreise

Erhalte Sonnabend, d.

19. Sept. eine Sendung

Oldenb. Ferkel u.

Läufer-

schweine

Wilh. Fajbender

Meinerzhagen.

Telefon 85

Am Freitag nachm.

den 18. Sept. erhalte ich

Rühe

Sugo Kerspe,

Halver, Fernspr. 52

Freiwillige
Feuerwehr
Halver.

Sonntag,

d. 20. Sept.

morg. 6½ Uhr

Übung

Antretend gesamt Mann-

schaft Das Kommando.

Wir suchen zum 1. Okt.

2 taktige

Hammer-

schmiedemeister

für Afrikapaten etc.

da sich die jetzigen selbst-

ständig machen wollen.

Borlinghaus & Bollmann,

Brägg.

Jung
gewohnt-
alt getan.

Dieses Sprichwort sollte in
großen Lettern über jedem
Kinderwaschbottichen stehen. Wer
in der Jugend gewöhnt wird,
auf sein Äußeres zu achten
und die Regeln der Hygiene
zu befolgen, wird auch im
Alter daran festhalten. De-
rum soll man schon selbsten
Kindern regelmäßig das Haar
mit dem Talisman der Haar-
pflege, dem Kopfwaschmittel
Schäumpon mit dem schwarzen
Kopf waschen, sie werden
dann, beglückt von der über-
raschenden Wirkung, auch
später die Kopfwäsche selbst
besorgen und sich so ihr Haar
glänzend, locker und gesund
erhalten. Man verlange
daher beim Kauf das oben
genannte Fabrikat, kurz gesagt
„Schwarzkopf-Schaumpon“,
und kann gewiss sein, das be-
liebteste und wirkungsvollste
Kopfwaschmittel zu erhalten.